

Die bisherigen Milliarden-Investitionen der deutschen Rheinaniager haben lediglich zu keiner weiteren Verschlechterung des jetzigen Zustandes geführt. Unabhängig von dem sicherlich nicht befriedigenden Ergebnis der Konferenz in Den Haag sollten in der Bundesrepublik Deutschland alle Maßnahmen fortgeführt werden – notfalls auch im Alleingang –, die zur Verringerung von Belastungen jeglicher Art führen. Das gilt insbesondere für das Ausbauprogramm für Kläranlagen. Das Problem der Wärmebelastungen des Rheins muß wenigstens bei der Festlegung von Standorten für Kernkraftwerke auf deutschem Gebiet berücksichtigt werden.

Allerdings ist die Rettung des Rheins nicht nur eine Frage der künftigen deutschen Investition. Sie ist zu einer politischen Frage geworden, die nur unter Zurückstellung nationaler Interessen auf europäischer Ebene gelöst werden kann.

F.D.P.: Schrittmacherrolle der Bundesrepublik

Für Maßnahmen zur Sanierung des Rheins wurden in den letzten sechs Jahren rund 7 Mrd. DM investiert. Bund und Länder haben dabei in erheblichem Umfang finanzielle Hilfen gewährt. Es bedeutet keine Durchbrechung des Verursacherprinzips, wenn in Ausnahmefällen öffentliche Mittel gewährt werden, um besonders dringende Probleme zu lösen. So wird die Bundesregierung in ihrem Sonderprogramm zur Sanierung von Rhein und Bodensee in den nächsten Jahren 150 Mill. DM an Zuschüssen zur Verfügung stellen, um die Inbetriebnahme von Kläranlagen zu beschleunigen, die von überregionaler Bedeutung sind.

Bei der Frage der thermischen Belastung des Rheins, die durch den rapide anwachsenden Kühlbedarf der Energiewirtschaft hervorgerufen wird, haben die deutschen Länder im Einvernehmen mit der Bundesregierung beschlossen, keine Genehmigung für den Bau zu erteilen, wenn nicht von vornherein Kühlanlagen eingeplant werden, die die Aufwärmung des Rheins auf ein Minimum beschränken.

Die besonderen Maßnahmen zur Sanierung des Rheins weisen eine ebenso erfolgreiche Bilanz auf wie die allgemeinen Arbeiten zum Umweltschutz. Die Bundesregierung hat diese Aufgabe zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht und Innenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.) in einer idealen Kombination die Zuständigkeit für den Umweltschutz übertragen. Mit dem durchgeführten Sofortprogramm und dem Umweltprogramm der Bundesregierung sind Leistungen erbracht worden, die sich sehen lassen können.

Es ist zu bedauern, daß angesichts dieser vielfältigen Anstrengungen – hinzu zufügen wären beispielsweise die von Innenminister Willi Weyer (F.D.P.) angeordneten Einsätze von Polizeihubschraubern und Wasserschutzpolizeibooten zur Überwachung der Verunreinigung des Rheins durch die Schifffahrt – Umwelteiferer mit Schreckensmeldungen häufig über das gutgemeinte Ziel hinausschießen.

Porträt der Woche

Er wirkt wie ein junger Mann und ist doch schon ein alter Hase. Als 29-jähriger kam der Abgeordnete Helmut Elfring 1962 in den Düsseldorfer Landtag, mit dem wahrscheinlich besten Wahlkreis im Rücken, den die CDU in Nordrhein-Westfalen zu vergeben hat. Damals holte Elfring im Kreis Coesfeld im Münsterland 65,6 Prozent der gültigen Stimmen. Seither hat er dieses Ergebnis entgegen anderen Trends im Bund und im Lande stetig verbessern können, von 66,3 Prozent im Jahre 1966 auf 68,1 Prozent bei der letzten Landtagswahl von 1970.

Das hat natürlich seine Gründe. Elfring gehört auch nach zehn Parlamentsjahren immer noch zu den unermüdeten Arbeitern. Jugend- und Familienpolitik, politische Bildungsarbeit und Medienpolitik sind seine Spezialgebiete. Die permanenten Themen der Schulreform, der Verwaltungsreform und der regionalen Strukturpolitik zählt er mehr zu den Pflichtaufgaben eines jeden Abgeordneten. Vornehmste Pflicht aber, meint Elfring, sei der stetige Kontakt mit den Wählern. Und so hält er seine Sprechstunden, vor allem für Jungwähler, schon seit Jahren regelmäßig in der Kellerbar seines Hauses in Dülmen auf die ihm und seiner münsterländischen Heimatlandschaft eigene deftig-westfälische Art ab.

Jeder Versuch, diesen Abgeordneten irgendeinem Flügel in der CDU zuzuordnen, muß scheitern. Elfring ist ein Mann der Mitte und des Ausgleichs. Wahrscheinlich hängt das mit seinem Beruf zusammen, der mehr als jeder andere scharfes Beobachten, analytischen Sinn und abgewogene Argumentation verlangt. Elfring ist Journalist und politischer Redakteur bei einer großen Ruhrgebietszeitung. Da er viel von der These hält, daß man mit einer sicheren beruflichen Basis manchen Versuchungen im politischen Leben am besten widerstehen kann, wird sein Arbeitstag in der Regel zu einem Zwölfstundentag.

Elfring stammt aus Billerbeck. Er gehört – Jahrgang 1933 – zu der Generation, die den Krieg noch miterlebt hat, von seinen Folgen aber glücklicherweise weitgehend verschont blieb. Wie so viele Politiker und Journalisten fand auch er während des Studiums der politischen Wissenschaften und der Jurisprudenz an der Universität Münster sein erstes demokratisches Engagement in einem Studentenparlament und an einer Studentenzeitung.



Helmut Elfring (CDU)

1955, als studentische Selbstverwaltung noch nicht Ideologienstreit und Mitternachtsdemokratie, sondern harte praktische Sozialarbeit zur Linderung der Sorgen und Nöte der Studenten bedeutete, wurde er AStA-Vorsitzender. Im gleichen Jahr trat er der CDU bei.

Warum? „Das war die Konsequenz aus meinem Wählerverhalten.“ Eine verblüffende, aber durchaus sinntrüchtige Antwort. 1966 wählte ihn die westfälische CDU in ihren Landesvorstand. Seit 1968 gehört Elfring auch dem gemeinsamen Landespräsidium der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe an. Beim Rat der Stadt Dülmen arbeitet er schon seit elf Jahren im Ausschuß für Kultur und Volksbildung mit.

So, glaubt er, könne man Landes- und Kommunalpolitik in einem überschaubaren Bereich sinnvoll verzahnen. Der Weg in den Bundestag hätte ihm wahrscheinlich schon 1969 offengestanden. Elfring lehnte das Angebot damals ab, weil er kein Berufspolitiker werden wollte. Er weiß aber genau, daß dies nur eine vorläufig aufgeschobene Entscheidung ist, die in den nächsten Jahren so oder anders eben doch getroffen werden muß. Auch die Familie mit den beiden Töchtern Ruth und Christine hat Anspruch darauf. Um Ruth rankt sich übrigens eine kleine „familienpolitische“ Geschichte, die hier nicht unterschlagen werden soll: Elfrings 1939 geborene Frau Gisela hätte auf den Namen Ruth getauft werden sollen. „Heil Hitler“, sagte damals der Standesbeamte, das sei kein guter deutscher Name. Der Familienrat schwor, in der Hoffnung auf bessere Zeiten, Rache zu nehmen. So beschlossen und getan. Was doch westfälische Dickschädel alles zuwege bringen!

Lothar Bewerunge